Südschleswigscher Wählerverband

SSW

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Press release
Kiel, 20.09.2003

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Landesregierung muss den regionalen Mittelstand fördern

Der SSW fordert von der Landesregierung mehr wirtschaftliche Förderung im Landesteil Schleswig. Vor dem Hintergrund der drastischen Entlassungen bei Motorola in Flensburg und der Schließung des Marinefliegergeschwaders 2 in Tarp/Eggebek müsse die Landesregierung sich jetzt stärker für den Mittelstand in der Region einsetzen, erklärte die SSW-Abgeordnete Anke Spoorendonk auf dem SSW-Parteitag heute in Husum:

Unsere Region ist leider das Sparschwein, das als erstes geschlachtet wird, wenn Konzerne oder öffentliche Arbeitgeber wieder sparen müssen. Das wollen wir uns nicht länger gefallen lassen. Wir erwarten, dass die Landesregierung sich für neue, dauerhafte Arbeitsplätze im Landesteil einsetzt. Die kleinen und mittleren Unternehmen sind es, die am meisten Arbeitsplätze in der Region schaffen und dauerhaft halten. Für diese Mittelständler brauchen wir eine stärkere einzelbetriebliche Förderung, und wir brauchen ein Förderprogramm für Existenzgründungen und Betriebsübernahmen. Dieses Geld ist allemal besser ausgegeben als die Millionen, die Motorola vom Land dafür erhielt, den Standort Flensburg zu sichern.

Es ist die verdammte Pflicht der Landesregierung, verstärkt die regionale Wirtschaft zu fördern. Denn wir wollen nicht akzeptieren, dass die wirtschaftliche Existenz unserer Nachbarn nur von Konzernvorständen abhängt, die vermutlich noch nicht einmal wissen, welches Leben ihre

SSW IM LANDTAG

Mitarbeiter hier haben, sagte die Vorsitzende des SSW im Landtag.

Spoorendonk übte auch starke Kritik an der Bundesregierung, die ihre Förderung der regionalen Wirtschaft in den alten Bundesländern zum ersten Januar einstellen will: Die Bundesregierung pfeift offensichtlich auf ihre Verpflichtung, die wirtschaftliche Entwicklung in strukturschwachen Landesteilen zu unterstützen. Wir erwarten, dass die Landesregierung alles tut, um die Pläne der Bundesregierung zu verhindern - denn aus unserer Sicht kann man nur eines feststellen: Hier wird gespart ohne Sinn und Verstand.